

Detlef Schulze

Warum ich die AL verlasse

Als ich am Sonnabendmorgen um 1/2 7 Uhr vor der Anti-Rep-Parteitags-Demo beim Frühstück noch einmal über die Diskussion der AL über die Demo nachdachte, kam mir folgender Gedanke: Eigentlich wäre es ganz gut, wenn es bei der Demo irgendwelche bescheuerten Aktionen aus dem autonomen/antiimp Spektrum und dann eine noch bescheuertere Reaktion der AL darauf gibt – dann ist wenigstens Schluß mit dem Gezerre, dann kann der Bruch mit der AL vollzogen werden. Ich vollziehe den Bruch – nicht, weil es zu dem »Erhofften« kam, sondern, weil allein schon dieses eigene zynische Verhältnis zu richtigem politischen Agieren Konsequenzen fordert. Vielleicht ist ein nicht zynisches Verhältnis zu richtigem politischen Handeln wieder möglich, wenn die Trennung formal vollzogen ist, die Trennung also nicht mehr über das oben dargestellte zynische Kalkül stattfinden muß.

Dieses Hoffen auf einen Anlaß für den Austritt ist symptomatisch für einen Prozeß in dem die linke Schmerzgrenze langsam, aber zusehens immer höher geschraubt wird: Anläßlich von Konflikten, die eigentlich Anlaß von Austritten sein könnten, unterbleiben diese, weil sich an diesen Konflikten etwas einstellt, was es sonst gerade nicht gibt: eine linke Gemeinsamkeit mit (bald nach wieder zusammengebrochenen) Organisationsansätzen. Die Niederlagen sind also nicht nur Niederlagen, sondern sie stiften auch Hoffnung. Damit lautet die Entscheidung nach jedem Konflikt: noch einmal abzuwarten, noch einen neuen Anlauf zu unternehmen etc. – verbunden mit dem Hintergedanken – um sich selbst hinsichtlich dieses schleichenden Anpassungsprozesses zu belügen –, Austrittsgründe werden sich schon noch genug finden.

Mein Austritt erfolgt also nicht aus Anlaß des GA-Wahlergebnisses, vielmehr bestätigt dieses nur noch die Eiaschätzung, die diese Entscheidung notwendig macht:

Zu dem bundesweiten Treffen der Linken in den Grünen habe ich im Januar ein Papier »Die Grünen – Vom Radikaldemokratischen Bündnis zur neoliberalen Partei« vorgelegt. In dem Papier habe ich die These vertreten, »die GRÜNEN als Gesamtpartei, wenn auch nicht alle ihre Gliederungen, sind objektiv Bestandteil jener Kräfte, die wir, der ökosozialistische, feministische und anti-imperialistische Flügel der GRÜNEN, bekämpfen (müssen), aber selbstverständlich weiterhin nicht Hauptfeind.« Meine Schlußfolgerung, von der ich u.a. noch die AL ausgenommen hatte, lautete: »Das bedeutet praktisch, daß für diejeni-

gen Linken, die in ihren Kreis- und Landesverbänden auf völlig aussichtsloser Position kämpfen, der Zeitpunkt zum Austritt gekommen sein dürfte.«

Hauptkriterium für diese Entscheidung war, ob die GRÜNEN als Krisenüberwindungsprojekt fungieren können, das sich auf Maßnahmen mittlerer Reichweite verständigen kann, obwohl die langfristige zur Lösung der ökologischen und sozialen Krise für notwendig erachteten Schritte umstritten bleiben. Bedingung war also ein nicht fauler Kompromiß zwischen nur Regierungs- und auch Systemoppositionellen. Der Kompromiß ist nur dann nicht faul, wenn diese Differenz weiterhin erkennbar bleibt, also die systemoppositionelle Position als eine von mehreren innerhalb der Partei relevanten und legitimen Positionen anerkannt ist und nicht hinter dem Kompromiß verschwindet.

Letzteres ist m.E. inzwischen aber auch bei der AL der Fall: Die AL wird nicht mehr auch mit dem Satz aus dem Programm, »Langfristig wird nur die Überwindung dieses patriarchalischen und kapitalistischen Industriesystems ein menschenwürdiges Leben und eine ökologisch sinnvolle Produktionsweise ermöglichen«, nicht einmal mehr auch mit der Forderung nach Eingriffen in die Produktionsstruktur bei Schering, sondern nur mit Busspuren identifiziert. Die AL wird nicht mehr auch mit dem Satz aus dem Wahlprogramm identifiziert, daß wir uns nicht auf staatlich festgeschriebene Legalität festlegen lassen, sondern mit Häusersärräumungen, der maßlosen Erklärung zum 1. Mai sowie der Diskussion über neue Festnahmeinheiten. Und wenn auf die Erklärung der 14 auch von der Bundesregierung Bezug genommen wurde, was einigen UnterzeichnerInnen schmeichelte, so erfolgte das nicht etwa, weil wir eine relevante Gruppe innerhalb der AL sind, sondern, weil versucht wurde, den rot-grünen Senat mit unserer Position zu identifizieren und

damit in den Augen einer breiten Öffentlichkeit zu diskreditieren. An dem Umgang mit den Besetzungen bestätigt sich am Beispiel der AL, was Agnoli sagt (s.o.): Die AL empfindet es als Zumutung, sich für ein paar BesetzerInnen zu engagieren; die AL ist doch schließlich eine Regierungspartei, muß sich um alle BürgerInnen kümmern.

Parallel zur Reduktion der Inhalte ist die parlamentarische Strategie der AL auf die Koalition reduziert: Trotz des inzwischen breiten, diffusen Unmutes über die Praxis der Koalition nimmt die Einsicht in die Tatsache, daß die kritisierten Probleme größtenteils notwendigerweise mit der Zusammenarbeitsform der Koalition verbunden sind, nicht zu. Eine streitbare Zusammenarbeit im Rahmen einer Koalition wird nicht als Fiktion erkannt.

Nicht, daß es die radikaleren Positionen in der AL nicht mehr gibt, aber es gibt sie nicht mehr als legitime, relevante Positionen, sondern nur noch als randständige. Und als solche werden sie in der Öffentlichkeit auch allenfalls wahrgenommen.

Dieser Prozeß ist nicht nur der subjektiven Unzulänglichkeit der AL-Linken geschuldet, wenn auch insbesondere an der oftmals gleichzeitig linkssektiererischen und rechtsopportunistischen Politik der ÖkosozialistInnen scharfe Kritik zu üben ist. Der Prozeß hat vielmehr objektive Ursachen:

1. Wesentliche materielle Ursache dieses Prozesses, der schon lange vor der Koalitionsentscheidung begonnen hat, ist die Verparlamentarisierung der GRÜNEN/AL in der Folge ihrer Wahlerfolge. Sie haben es nicht geschafft, eine parlamentarische Strategie zu entwickeln, die den Anpassungszwängen des Parlamentarismus entgegenwirkt. Vielmehr haben sie als die oftmals fleißigsten Abgeordneten, die sich im Ausschuß-Klein-Klein aufreiben lassen, statt Schwerpunkte zu setzen, diesen Prozeß noch zusätzlich vorangetrieben.

»Es ist interessant, daß jedesmal, wenn eine Arbeitsorganisation ein eigenes Organisations- oder Apparaturinteresse entwickelt, die Ideologie sich sofort einstellt, die Organisation würde allgemein-nationale Interessen vertreten. Bezeichnend ist, daß in diesem Fall die Klasse sagt: dann suchen wir uns eben eine andere Organisation. Sie sagen nicht: Weg mit der Organisation! Sondern sie sagen: dann suchen wir uns eben eine andere Organisation. Was ich sagen will: Klassenautonomie ist nicht organisationsfeindlich.«

J. Agnoli

Potenziert wiederholt sich dieser Prozeß jetzt durch die Regierungsbeteiligung und insbesondere dadurch, wie die AL ihre Regierungsrolle ausfüllt:

»Völlig absurd ist eine Position. (...), die erst die Koalition gewollt hat, und jetzt die 'radikale(n) Ideen und Utopien' und die 'Transparenz der Entscheidungsfindung' beschwört. Gegen die Vorstellung die AL sei, wenn sie nur wollen würde, zu einer wirksamen Kontrolle des Verwaltungshandelns in der Lage, der Delegiertenrat könne die Senatssitzungen vorbereiten, hat doch Christine in ihrer Bewerbung 100mal Recht – jedenfalls unter den Bedingungen des bürgerlich-liberalen Verfassungsstaates und seiner Gewaltenteilungsdoktrin. Wer die Koalition will, der/die muß unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen in Kauf nehmen, daß in Senat und Abgeordnetenhaus jede Menge Scheiße beschlossen wird, und muß ein erhebliches Maß an Arbeitsteilung akzeptieren sowie den Senatorinnen und Abgeordneten einen großen Vertrauensvorschuß geben. Wer dies nicht will, der/die muß gegen die Koalition sein. Das konsequenzlose Herumjammern über die Folgen, der von einem/r selbst getroffenen Entscheidungen führt jedenfalls nicht voran. Der Aufbau von AL-Bereichen als Parallelverwaltungen, das Behandeln jeder Koalitionsangelegenheit im Delegiertenrat, nach Möglichkeit auf der MVV, führt vielmehr nach der Methode 'Legitimation durch Verfahren' nur dazu, die Verinnerlichung von Sachzwängen und herrschenden Bewußtseins voranzutreiben, anstatt auf der Grundlage der Anerkennung deren faktischer Existenz eine kritische Politik zu machen, die über sie hinausweist.« (aus einer GA-Bewerbung vom 18.6.)

Dieser Verwaltungsdiskurs hat mich zu schens von der AL entfremdet. Mir war es nur zu lieb, aufgrund der Hungerstreik-Bündnis-Treffen die DR-Sitzungen nur kurz

zu Beginn sowie am Ende erleben zu müssen: auf zwei der drei letzten MVV'en war ich nur aufgrund meiner Stelle (wie überhaupt (die Aussicht auf) die Stelle zusammen mit einigen Zugeständnissen in der Wahlprogrammdebatte in einer Situation zugespitzter gegenseitiger fraktioneller Erpressung meine seinerzeitigen Austrittsüberlegungen hinfällig machte und zu meiner einstweiligen Befriedung führte). Bei der dritten MVV kam meine eigene Kandidatur hinzu.

Die Konsequenz aus meinem Widerwillen, mich diesem Verwaltungsdiskurs aussetzen, ist meine heutige Austrittsentscheidung.

2. Ursache für diesen Prozeß war das Auseinanderfallen linker Diskussionszusammenhänge in der Partei, bundesweit symbolisiert durch die Einstellung der Zeitschrift MOZ.

»Eine weitere Ursache liegt im Scheitern des hessischen Koalitionsweges. Solange es noch darum ging, von links der SPD Politik zu machen, konnten auch die 'Real'os/as damit leben, die strittigen Grundsatzfragen offen zu lassen. Jetzt fordert Otto Schily die Klärung dieser Fragen und andere 'Real'os/as schließen sich ihm an. Die GRÜNEN sollen in eine neoliberale Partei transformiert werden: ökologischer Kapitalismus und Citoyen 2000. Deshalb soll Lothar Späth zum Ministerpräsidenten gewählt werden, deshalb schlagen GRÜNE Kurt Biedenkopf als Bundestagspräsidenten vor und wählen Rita Süßmuth mit, deshalb bieldern sich GRÜNE bei der katholischen Kirche an und ringen GRÜNE mit CDU/CSU um die Sympathien des Christentums.« (aus meinem Papier »Die Grünen – ...«). Und deshalb wird jetzt bundesweit über eine Ampelkoalition diskutiert.

Die AL/SPD-Koalition in Westberlin widerlegt das Scheitern des hessischen Koali-

tionsweges nicht. Vielmehr ereilt dem rot-grünen Senat das typische Schicksal eines zaghaften Reformprojektes von oben:

Die Koalition ist einer Zangenbewegung ausgesetzt: Von links steht sie unter dem Druck derjenigen politischen Kräfte, die sie durch die Räumungspolitik und die Reaktion der AL auf den ersten Mai in noch schärfere Konfrontation zu Rot-Grün getrieben hat. Von rechts findet anlässlich des 1. Mai, bescheidener Veränderungen in der Verkehrspolitik sowie der neuen ImmigrantInnen- und Flüchtlingspolitik eine massive Gegenmobilisierung statt. Entsprechend mußte die SPD bei der EG-Parlamentswahl – nachdem sie vor Rot-Grün in Frankfurt und Westberlin noch leichte Gewinne erzielen konnte – Verluste einstecken.

Auf die Frage, ob sich Rot-Grün nach 100 Tagen bewährt hat, antworten laut Abendschau vom 23.6. 29% »Ja« (auch bei den SPD-WählerInnen sind es nur 50%), 44% »Nein« und 27% haben keine Position. Bezeichnend für diese schlechte Situation ist der Satz von Heidi Bischoff-Pflanz auf der 100-Tage-Pressekonferenz, die AL sei »aufs Finsterste entschlossen' die Koalition mit der SPD über vier Jahre durchzuhalten« (taz, 27.6.)

»Der Beschreibung der bisherigen Funktionsweise der Koalition, wie sie von Assi und Harald im GA-Rechenschaftsbericht vorgenommen wird, kann ich (...) weitgehend zustimmen, wobei mir aber die Einschätzung, daß es zu einer Entfremdung zwischen AL und außerparlamentarischen Bewegungen in dem Sinne kommt, daß letztere jetzt Druck auf die Regierungspartei AL ausüben müssen, noch zu optimistisch zu sein scheint. Wenn die außerparlamentarischen Gruppen aufgrund ihrer Erfahrungen mit der AL in Zukunft im Dissens zur AL bar aller parlamentarischen Illusionen weiterhin zu ihren Inhalten stehen würden, dann wäre die rot-grüne Koalition vielleicht

Junge Welt

Alternative Liste in Berlin (West)

„Welche Kräfte repräsentieren die Alternative Liste (AL) in Westberlin, und worin bestehen ihre politischen Ziele?“ fragt Jan Liese aus Potsdam.

Aus einer heterogenen Sammlung von Leuten verschiedenster politischer und ideologischer Orientierung, sozialer Bewegungen, Bürger- und Mieterinitiativen konstituierte sich im Oktober 1978 die Alternative Liste (AL) in Westberlin, um, wie sie es selbst formuliert, „grundsätzliche Alternativen zum bestehenden kapitalistischen Industriesystem und der darauf fußenden Lebensweise zu entwickeln und durchzusetzen“.

Seit 1981 ist die AL als drittstärkste politische Partei im Abgeordnetenhaus und jetzt als Koalitionspartner der SPD erstmals in der Regierung der Stadt vertreten. mit drei weiblichen Senatoren, die keine Parteimitglieder sind. Auch dieser Wahlerfolg von Ende Januar brachte Unzufriedenheit und soziale Unsicherheit eines immer größer werdenden Teils der Bevölkerung und besonders der Jugendlichen zum Ausdruck — hervorgerufen durch eine kaum an den Interessen der Bevölkerung orientierte Politik des CDU-Senats.

Diesem Kurs hat die AL eine Politik entgegengesetzt, die unter anderem in den vor zwei Jahren veröffentlichten „20 Thesen zu Westberlin“ und dem Wahlpro-

gramm formuliert wurde. So ist in diesen Papieren von der vorbehaltlosen Anerkennung der DDR und der Respektierung ihrer Staatsbürgerschaft die Rede, werden friedenspolitische Aktivitäten gefordert. Innenpolitisch tritt die AL unter anderem für einen Stellenabbau bei der Polizei, die ersatzlose Streichung des Verfassungsschutzes, aber auch die Einführung des Ausländerwahlrechts und bessere Studienbedingungen ein.

Im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen mit der SPD rückten weitere Punkte in den Vordergrund. Die Alternative Liste plädiert für eine Truppenreduzierung der alliierten Westmächte auf einen „symbolischen Rest“ und ist gegen eine kritiklose Übernahme von BRD-Gesetzen für Westberlin.

In ihrem Programm „Ökologischer Stadtbau“ fordert die Alternative Liste im Rahmen der Koalition eine neue Wirtschaftspolitik, die in erster Linie der Schaffung neuer Arbeitsplätze (die Rede ist von 50 000) dienen soll — dringend notwendig bei einer offiziell über 100 000 liegenden Arbeitslosenzahl.

Bei einem weiteren, von der AL gesetzten Schwerpunkt hat man sich mit der SPD bereits auf konkrete Vorhaben geeinigt. So sollen pro Jahr 7000, zum größten Teil Sozialwohnungen gebaut und eine neue Form der Mietpreisbindung eingeführt werden, um die akute Wohnungsnot in der Stadt einzudämmen. Die Alternative Liste orientiert sich somit im sozialen Bereich an den dringendsten Problemen der Bevölkerung Westberlins.

Kai Beißer

Antwort auf eine Leserfrage, veröffentlicht in: JUNGE WELT (Organ des Zentralrats der FDJ), Ost-Berlin, Nr. 75 vom 30. 3. 1989.

doch eine sinnvolle Sache. Der reale Gang der Dinge dürfte aber ein anderer sein: Die RVK-PersonalrätInnen werden wieder SPD wählen und die Tempelhofer BürgerInnen, die die AL wegen der Ablehnung des Schichauweges gewählt haben, werden wieder CDU wählen. Die Koalition dürfte eher zu einer rasanten Entpolitisierung und zur Bestätigung des Vorurteils führen, Politik sei halt doch ein schmutziges Geschäft. Die Spielräume für außerparlamentarische Aktivitäten, die eine rot-grüne Koalition mit einer liberaleren Innenpolitik eigentlich eröffnen müßte, sind mit der Räumungspolitik des Senats und der Diskussion über neue Festnahmeinheiten schon erfolgreich liquidiert. Es gibt keine Reformdynamik, sondern anläßlich des 1. Mai und bescheide-

ner Veränderungen in der Verkehrspolitik eine rechte Gegenmobilisierung, die es der AL in Zukunft eher noch schwieriger machen wird, ihre Positionen in der Koalition durchzusetzen. (aus meinem Papier »Zur Begründung...«)

4. Ursache des AL-Anpassungsprozesses ist, daß die »AL-Parteielite (...) seit rund 20 Jahren mehr oder minder linke, radikale, 'systemsprengende' Politik (macht), ohne, daß sich die Wirklichkeit in die gewünschte Richtung ändert.« (BRUCH '88, 10). Auf diese Erfolglosigkeit wird u.a. mit der Anpassung der eigenen Ziele an die Wirklichkeit reagiert. (ebd.)

5. »Neben der Erfolglosigkeit linker Politik in den letzten Jahren ist in Bezug

auf die AL zu berücksichtigen, daß die alten Mitglieder jetzt nicht mehr StudentInnen oder arbeitslos sind. Gute Jobs bewirken ein Einrichten in den gegenwärtigen Verhältnissen, schlechte Jobs rauben zumindest wertvolle Zeit.« Für eine Partei »von Leuten, die was ihre materielle Lage betrifft, mit dem System zufrieden sein können und nur hier und da einige Reformen fordern (etwas mehr Umweltschutz und 'Entwicklungshilfe'; etwas weniger Rüstung) hat die 'Real'o/a-Linie, abgesehen von der Frage, ob für eine solche Partei zwischen FDP und SPD noch Platz ist, einen gewissen Sinn.« (ebd., 13).

6. »Schließlich ist zu beachten, daß die Radikalität vieler GRÜNER und Bewegungsforderungen eine Scheinradikalität war. Viele Einzelforderungen sind zwar an sich radikal, aber das grün-alternative Mittelstandsbewußtsein fernab der Industriearbeit (...) verhindert, daß die gesellschaftliche Totalität ins Blickfeld gerät; daß die Bedingungen der Durchsetzung dieser Forderungen reflektiert, daß ihre Radikalität erkannt und vertreten wird.« (ebd., 14).

7. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die Mehrheitsverhältnisse durch Neueintritte auf dem rechten Flügel einerseits und Austritte auf dem linken Flügel andererseits kontinuierlich nach rechts verschoben worden sind, wobei sich beide Bewegungen gegenseitig verstärken. (vgl. mein Papier »Die Grünen - ...« v. 14.1., S. 3).

Diese Einschätzung von der Randständigkeit radikaler Positionen innerhalb der AL wird durch das GA-Wahlergebnis nur noch bestätigt: Auf der ersten GA-Wahl-MVV haben mit Eberhard Mutscheller, Micha Hammerbacher und mir drei Kandidaten links vom Linken Forum kandidiert. Niemand ist gewählt worden. Auch auf der zweiten MVV ist Eberhard (in dann insgesamt fünf Wahlgängen) nicht gewählt worden. Statt dessen sind zwei Grüne PantherInnen in den GA gewählt worden, die im letzten GA anfangs mit einem Mitglied, später gar nicht vertreten waren. Mußte diese Position als Position einer starken AL-Strömung bisher vom GA antizipiert werden, so kommt sie jetzt im GA direkt zur Geltung. Hinsichtlich der linken - von mir nicht geteilten - Position der ÖkosozialistInnen genau umgekehrt...

Dies ist ein adäquater Ausdruck der realen Kräfteverhältnisse innerhalb der Partei, bedeutet andererseits aber noch einmal einen Rechtsruck auf der Darstellungsebene von AL-Politik. Die Randständigkeit von radikalen, linken Positionen wird zementiert.